

NIEDERSCHRIFT

16. Sitzung des Rates der Stadt Alsdorf

Sitzungstermin:	Dienstag, 19.09.2023
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:35 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Bürgermeister Alfred Sonders - Stadtverwaltung
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Dirk Schaffrath - CDU-Fraktion
Herr Stv. Markus Conrads - SPD-Fraktion
Frau Stv. Samira Backes-El Mahi - SPD-Fraktion
Herr Stv. Marcel Gandelheidt - SPD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Gardlowski - SPD-Fraktion
Herr Stv. Manfred Held - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - SPD-Fraktion, Mitglied der FDP-Partei
Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion
Frau Stv. Sandra Niedermaier - SPD-Fraktion
Frau Stv. Petra Odenbreit - SPD-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Roland Pokall - SPD-Fraktion
Herr Stv. Tino Schwedt - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franco Toccari - SPD-Fraktion
Herr Stv. Sadi Ünal - SPD-Fraktion

Herr Stv. Jörg Willms - SPD-Fraktion
Herr Stv. Ingo Boehm - CDU-Fraktion
Frau Stv. Alexandra Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Fabian Dohms - CDU-Fraktion
Herr Stv. Wilfried Maul - CDU-Fraktion
Herr Stv. Ronny Niessen - CDU-Fraktion
Herr Stv. Florian-Paul Weyand - CDU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion

Bis TOP 6 nichtöf-
fentlich

Frau Stv. Janine Ivančić - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Thomas Langer - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Hartmut Malecha - GRÜNE-Fraktion
Frau Stv. Samantha Holthaus-Turetzek - AfD-Fraktion
Herr Stv. Lukas Matzerath - AfD-Fraktion
Herr Stv. Markus Matzerath - AfD-Fraktion
Herr Stv. Norbert Dovert - Fraktionslos

Abwesend waren:

Herr Stv. Stefan Breuer - SPD-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Thomas Plikat - SPD-Fraktion	entschuldigt
Frau Stv. Lena Pütz - CDU-Fraktion	entschuldigt
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2023/0322/A12
2. Fragestunde für Einwohner/innen
Vorlage: 2023/0324/A12
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2023/0325/A12
4. Beteiligungsmanagement; Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: 2023/0321/A20
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr des Haushaltsjahres 2023
Vorlage: 2023/0323/A20
6. Budgetbericht zum Stand 30.06.2023 einschließlich des Berichtes zum Umsetzungsstand des Haushaltssanierungsplanes 2017 bis 2023
Vorlage: 2023/0337/A20
7. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW; hier: Mehraufwendungen für Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung
Vorlage: 2023/0361/BM
8. Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des Haushaltsentwurfs 2024 der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2023/0338/A20
9. Eckdaten zum Haushalt 2024 der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0339/A20
10. Neuorganisation der Verwaltungsstruktur;
Festlegung des Geschäftskreises des Ersten Beigeordneten
Vorlage: 2023/0360/A12
11. Stellenmehrbedarfe in der Gesamtverwaltung
Vorlage: 2023/0245/A11
12. Satzung zur Änderung der Anzahl der Mitglieder des Rates der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0240/A10
13. 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008
Vorlage: 2023/0308/A12

14. Ermächtigung der Verwaltung zur Bewilligung von förderzweckdienlichen Anträgen
Zustimmung zur Leistung von erheblichen außerplanmäßigen Aufwendungen
Vorlage: 2023/0346/A50
15. Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf im Jahr 2024
Vorlage: 2023/0311/A50
16. Projekt "Refill Deutschland" - Trinkwasserabgabe in öffentlich zugänglichen Gebäuden
der Stadt Alsdorf
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2023
Vorlage: 2023/0294/A60
17. Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW;
hier: Investitionen zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 2023/0347/A60
18. Förderprogramm: "Jung kauft alt"
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 27.07.2023
Vorlage: 2023/0307/A60
19. Regiotram
- Beschluss und Beauftragung der Variante 5
- Schaffung einer Organisations- und Finanzierungsstruktur
Vorlage: 2023/0343/A61
20. Entwässerungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf
hier: 8. Änderung
Vorlage: 2023/0286/A66
21. Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Techn. Dienste der Stadt Alsdorf
- Beratung und Beschlussfassung -
a) Jahresergebnis zum 31.12.2022
b) Ergebnisverwendung und
c) Empfehlungsbeschluss zur Entlastung des Betriebsausschusses
Vorlage: 2023/0296/A66
22. Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 04.09.2023;
hier: Einrichtung eines "Platzes der Kinderrechte" in Alsdorf
Vorlage: 2023/0366/A51
23. Anfragen und Mitteilungen
- Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 12.09.2023;
hier: Sachstand Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge
Vorlage: 2023/0326/A12

Nichtöffentlicher Teil:

1. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2023/0327/A12

2. Berichte aus den Gremien
Vorlage: 2023/0328/A12
3. Beteiligungsmanagement; Satzungsänderung einer mittelbaren Beteiligungsgenossenschaft
Vorlage: 2023/0222/A20
4. Beteiligungsmanagement; Halbjährliches Berichtswesen
Vorlage: 2023/0309/A20
5. Beteiligungsmanagement; NERA Umsetzung der Kooperation der Energieversorgungsunternehmen mit Sitz in der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2023/0362/A20
6. Beteiligungsmanagement; NERA Netz: Umsetzung der Netzkooperation der Energieversorgungsunternehmen mit Sitz in der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2023/0365/A20
7. Investorenwettbewerb Zentralparkplatz
hier: Beschluss über die Auslobungsunterlagen
Vorlage: 2023/0344/A61
8. Anfragen und Mitteilungen
Mitteilungen zu:
 - Allris-App
 - Besuch in BrunssumVorlage: 2023/0330/A12
9. Digitalpakt;
hier: Auftragsvergabe zur Beschaffung von digitalen Endgeräten zur Digitalisierung der Alsdorfer Schulen
Vorlage: 2023/0333/A40
10. Auftragsvergabe;
hier: Sanierung Sportheim Sportanlage Ofdem, Schleibacher Weg 10
Vorlage: 2023/0358/A40
11. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Beschaffung neuer Gruppenmöbel für 4 Gruppen der 5-gruppigen städt. Kindertageseinrichtung Biberburg
Auftragsvergabe
Vorlage: 2023/0310/A51.1
12. Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Beschaffung neuer Gruppenmöbel für 3 Gruppen der 5-gruppigen städt. Einrichtung Annapark
Auftragsvergabe
Vorlage: 2023/0332/A51.1

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2023/0322/A12

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen Zuhörer/innen, die Mitarbeiter/innen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Herrn Technischen Dezernenten Dziatzko, Herrn Kämmerer Hafers, Referat 1 – Finanzen, Herrn Schmidt, Referat 2 – Jugend, Schulen und Sport, Frau Beylich, A 14 – Rechnungsprüfungsamt, Herrn Rosen, A 20 – Kämmeriamt, Herrn Schäfer, A 11 – Personalamt, Herrn Schulz, A 61 – Amt für Planung und Umwelt, Herrn Nießen, Personalrat, Frau Filipenoks, A 12 – Amt für Rat und Verfassung, Frau Born, A 12 – Amt für Rat und Verfassung, Frau Jeschke, Auszubildende im A 12 – Amt für Rat und Verfassung sowie Frau Esser, A 12 – Amt für Rat und Verfassung (Schriftführerin)).

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass Einladung und Erläuterungen sowie der Nachtrag zur heutigen Sitzung allen Beteiligten form- und fristgerecht zugegangen sind. Des Weiteren stellt er die Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt fest.

Zunächst gibt Herr Bürgermeister Sonders Folgendes zur Information:

Öffentlicher Teil:

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

TOP 9: Eckdaten zum Haushalt 2024 der Stadt Alsdorf

Die Beratungsergebnisse aus dem Hauptausschuss zu

TOP 5: Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr des Haushaltsjahres 2023

TOP 6: Budgetbericht zum Stand 30.06.2023 einschließlich des Berichtes zum Umsetzungsstand des Haushaltssanierungsplanes 2017 bis 2023

TOP 7: Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW; hier: Mehraufwendungen für Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung

TOP 12: Satzung zur Änderung der Anzahl der Mitglieder des Rates der Stadt Alsdorf

- TOP 13: 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008
- TOP 14: Ermächtigung der Verwaltung zur Bewilligung von förderzweckdienlichen Anträgen;
Zustimmung zur Leistung von erheblichen außerplanmäßigen Aufwendungen
- TOP 15: Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf im Jahr 2024
- TOP 17: Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW;
hier: Investitionen zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung
- TOP 20: Entwässerungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf
hier: 8. Änderung,

die Beratungsergebnisse aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung zu

- TOP 17: Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW;
hier: Investitionen zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung
- TOP 19: Regiotram
- Beschluss und Beauftragung der Variante 5
- Schaffung einer Organisations- und Finanzierungsstruktur

sowie die Beratungsergebnisse aus dem Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Technische Dienste zu

- TOP 20: Entwässerungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf
hier: 8. Änderung
- TOP 21: Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Techn. Dienste der Stadt Alsdorf
- Beratung und Beschlussfassung -
a) Jahresergebnis zum 31.12.2022
b) Ergebnisverwendung und
c) Empfehlungsbeschluss zur Entlastung des Betriebsausschusses

wurden **nachgereicht**.

Die Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 12.09.2023;
hier: Sachstand Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge

wurde **nachgereicht**.

Nichtöffentlicher Teil:

Es wird vorgeschlagen, die Tagesordnung zu **erweitern** um

- TOP 9: Digitalpakt;
hier: Auftragsvergabe zur Beschaffung von digitalen Endgeräten zur Digitalisierung der Alsdorfer Schulen
- TOP 10: Auftragsvergabe;
hier: Sanierung Sportheim Sportanlage Ofen, Schleibacher Weg 10
- TOP 11: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Beschaffung neuer Gruppenmöbel für 4 Gruppen der 5-gruppigen städt. Kindertageseinrichtung Biberburg
Auftragsvergabe
- TOP 12: Kindertageseinrichtungen im Stadtgebiet;
hier: Beschaffung neuer Gruppenmöbel für 3 Gruppen der 5-gruppigen städt. Einrichtung Annapark
Auftragsvergabe

Nachgereicht wurden die Erläuterungen zu

- TOP 5: Beteiligungsmanagement; NERA Umsetzung der Kooperation der Energieversorgungsunternehmen mit Sitz in der StädteRegion Aachen
- TOP 6: Beteiligungsmanagement; NERA Netz: Umsetzung der Netzkoooperation der Energieversorgungsunternehmen mit Sitz in der StädteRegion Aachen

Das Beratungsergebnis aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung zu

- TOP 7: Investorenwettbewerb Zentralparkplatz
hier: Beschluss über die Auslobungsunterlagen

wurde **nachgereicht**.

Danach stellt Herr Bürgermeister Sonders die Tagesordnung in der nun vorliegenden Form zur Abstimmung. Diese wird mit den von Herrn Bürgermeister Sonders vorgebrachten Änderungen **einstimmig** angenommen.

Weder für den öffentlichen noch für den nichtöffentlichen Sitzungsteil werden Anfragen angemeldet.

Nunmehr stellt Herr Bürgermeister Sonders die Frage, ob sich ein Mitglied des Rates der Stadt zu einem der Tagesordnungspunkte der heutigen Sitzung für befangen erklärt. Dies ist nicht der Fall.

zu 2 Fragestunde für Einwohner/innen
Vorlage: 2023/0324/A12

Protokoll:

Seitens der Einwohner/innen werden keine Anfragen gestellt.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2023/0325/A12

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Rates der Stadt gefassten Beschlüsse und der noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

zu 4 Beteiligungsmanagement; Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: 2023/0321/A20

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt den Beteiligungsbericht für das Jahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 5 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im 1. Halbjahr
des Haushaltsjahres 2023**
Vorlage: 2023/0323/A20

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf nimmt die Anzeige der über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im I. Halbjahr des Haushaltsjahres 2023 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

**zu 6 Budgetbericht zum Stand 30.06.2023 einschließlich des Berichtes zum Umset-
zungstand des Haushaltssanierungsplanes 2017 bis 2023**
Vorlage: 2023/0337/A20

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht zum Umsetzungsstand des Haushaltssanierungsplanes 2017 bis 2023 zum Stand 30.06.2023 der Stadt Alsdorf zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einmütig

**zu 7 Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW;
hier: Mehraufwendungen für Zinsen für Kredite zur Liquiditätssicherung
Vorlage: 2023/0361/BM**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Bereitstellung von überplanmäßigen Haushaltsmitteln in Höhe von 700.000,00 € für Zinsaufwendungen für Liquiditätskredite, die bis zum Ende des Haushaltsjahres erwartet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 8 Benehmensherstellung zur Festsetzung der Regionsumlage im Rahmen des
Haushaltsentwurfs 2024 der StädteRegion Aachen
Vorlage: 2023/0338/A20**

Protokoll:

Herr Kämmerer Hafers führt aus, dass am 09.08.2023 die StädteRegion Aachen das sogenannte Benehmensherstellungsverfahren eingeleitet habe. Dadurch haben regionsangehörige Kommunen die Möglichkeit, sich über die Eckpunkte des Haushaltes 2024 der StädteRegion auszutauschen und die eine oder andere Anforderung an den Etat der StädteRegion zu stellen. Er erklärt, dass es eine Vielzahl an Verschlechterungen in verschiedenen Bereichen der StädteRegion Aachen gebe, wie beispielsweise durch eine Steigerung im Bereich der Versorgungs- und Beihilferückstellungen, bei Veränderungen im Bereich der Sozialleistungen oder bei Zuschussbedarfen. Dies ergebe sich aus höheren Anforderungen an den Katastrophenschutz. Diese Bereiche wolle die StädteRegion selber refinanzieren, in zwei Bereichen sei dies jedoch nicht möglich. Das sei zum einen der Tarifabschluss, der 5,7 Millionen € ausmache, und zum anderen Mehrkosten aus der Landschaftsverbandsumlage in Höhe von 22 Millionen €. Die StädteRegion könne 7,9 Millionen € dadurch nicht decken und sie beabsichtige, diese Summe von den regionsangehörigen Kommunen im Rahmen der Umlage zu refinanzieren. Der Gesamtbedarf an Umlagen steige von 206 Millionen € auf circa 214 Millionen € an. Als Verwaltung erkenne man an, dass dies ein möglicher Weg sei, allerdings solle dadurch nur ein Teil der Mehrbedarfe gedeckt werden. Der Rest solle aus Eigenausgleichsrücklagen gedeckt werden, die durch die Kommunen in der Vergangenheit finanziert worden seien, sodass dies durch die Umlage bereits refinanziert werde. Dies sei positiv, da bis zum Jahr 2027 eine Konstanz bei der Umlagezahlung bestehe. Hier ergebe sich aber die erste Auflage für die Benehmensherstellung, da man wissen möchte, wie es nach 2027 weitergehe. Gefordert werde, dass die StädteRegion bereits jetzt Haushaltskonsolidierungsbemühungen auf den Weg bringe. In Bezug auf die Landschaftsverbandsumlage sei zu sagen, dass derzeit geprüft werde, ob die erhöhten Umlagezahlungen noch notwendig seien. Sofern sich hieraus Verbesserungen ergeben, sollten diese unmittelbar an die Kommunen weitergeleitet werden. Die Verwaltung schlage vor, mit diesen Auflagen das Benehmen herzustellen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich der von der StädteRegion Aachen in ihren Eckpunkten zum Haushalt 2024 mitgeteilten Umlagesatz i.H.v. 37,6 % für das Haushaltsjahr 2024, wird unter folgenden Bedingungen hergestellt:
 - a. Die StädteRegion wird angehalten, zur Minimierung künftiger Risiken für die Stadt Alsdorf aus der Regionsumlage, ihre Konsolidierungsbemühungen, auch vor dem Hintergrund, dass die Ausgleichsrücklage im Jahr 2027 aufgezehrt wird, weiter zu intensivieren.
 - b. Sollten sich bis zur Beschlussfassung über den StädteRegionshaushalt 2024 noch Ertragseinbußen und/oder Mehraufwendungen ergeben, dürfen diese nicht zu einer Erhöhung der mitgeteilten Umlagesätze führen, sondern müssen durch Einsparungen kompensiert werden.
 - c. Sollten sich bis zur Beschlussfassung über den Städtereionshaushalt 2024 Verbesserungen gegenüber den Eckdaten ergeben, insbesondere durch eine eventuelle Senkung des LVR-Umlagesatzes, sind diese zur Senkung des Umlagesatzes zu verwenden.

Das Benehmen der Stadt Alsdorf hinsichtlich der ÖPNV-Umlage für das Jahr 2024 mit einem Umlagevolumen i.H.v. 23,29 Mio. € wird hergestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 1 Enthaltung)

zu 9 Eckdaten zum Haushalt 2024 der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0339/A20

Protokoll:

Herr Kämmerer Hafers stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Eckdaten zum Haushalt 2024 dar.

Diese ist als Anlage beigefügt.

Herr Bürgermeister Sonders bedankt sich für den Vortrag. Es seien erschreckende Zahlen, die leider nicht nur die Stadt Alsdorf betreffen. Die jüngste Umfrage des Städte- und Gemeindebundes unter den Kommunen in Nordrhein-Westfalen habe ergeben, dass vier von zehn Kommunen ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen, zwei können es noch nicht abschätzen und lediglich vier können einen ordentlichen Haushalt aufstellen. Im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes habe man beschlossen, einen Brandbrief an den Ministerpräsidenten persönlich zu schicken. 5/6 aller Bürgermeister/innen aus NRW haben bereits unterzeichnet. Dies verdeutliche, wie sehr die Kommunen mit dem Rücken zur Wand stehen. Es sei besorgniserregend, mit welcher Wucht diese Entwicklung einschlage. Die Tatsache, dass die komplette Haushaltsplanung auf unbestimmte Zeit verschoben werden müsse und die damit verbundene Ungewissheit in Bezug auf die Maßnahmen, die gemeinsam für die Stadt vorangebracht werden sollen, sei so noch nie eingetroffen. Wenn sich nichts ändere, bleibe nur der Weg der Steueranpassungen. In den letzten

Jahren sei alles dafür getan worden, dass die Bürger/innen, die ohnehin durch Inflation und Preissteigerungen betroffen seien, nicht noch zusätzlich belastet werden. Dringend werde ein Notprogramm zwischen Ländern und der Bundesregierung über die auskömmliche Finanzierung der Kommunen benötigt, um die Haushalte für die nächsten fünf Jahre stabil halten zu können und auch die Belastung für die Bürger/innen. Zudem sei es so, dass die Kommunen die Veränderungen in der Struktur des Landes umsetzen, also die Verkehrswende oder die Energiewende organisieren und auch bezahlen. Sollten die Kommunen jedoch handlungsunfähig werden, werden keine Wenden stattfinden. Deswegen hoffe er, dass genug Druck auf das Land und die Bundesregierung ausgeübt werden könne, damit sich grundlegend etwas ändere. Er bittet die Anwesenden darum, bei den Abgeordneten auf diversen Ebenen auf dieses enorme Problem aufmerksam zu machen. Diese Situation zehre auch erheblich an den Nerven. Die Mitarbeiter/innen in der Verwaltung seien bis zum Anschlag beschäftigt und man laufe Gefahr, dass die Aufgaben aufgrund der auferlegten Rahmenbedingungen nicht mehr umgesetzt werden können. Es müsse eine Trendumkehrung stattfinden und er hoffe, dass man gemeinsam für die kommunale Seite eintrete.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, erklärt, dass eine Erhöhung der Grundsteuer als Problemlösung bei der derzeitigen Erhöhung aller Kosten nur bedingt tauglich sei. Diese könne zudem auch nicht unendlich gesteigert werden. Herr Kämmerer Hafers habe bei seinen Ausführungen von Einschränkungen und Verzicht gesprochen, das müsse auch ernst genommen werden, auch von jeder Partei. Allerdings sollen heute im Verlauf der Tagesordnung noch kostenverursachende Dinge beschlossen werden. Als Kommunalpolitiker/innen müsse man auch den Wählerinnen und Wählern klar machen, dass zum Beispiel weitere Straßenbeleuchtungen Geld kosten. Das interessiere jedoch die wenigsten. Auch jede/r Anwesende müsse sich selbst fragen, ob eine Ausgabe getätigt werden müsse, oder ob sich diese verschieben lasse. Er selbst sei dazu bereit.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, teilt mit, dass man als Kommunalpolitiker/in auf den entsprechenden Ebenen aktiv werde, um die Gemeindefinanzierung auf einen besseren Weg zu bringen. Der Beschlussvorschlag solle auch dahingehend geändert werden, dass die Verwaltung durch geeignete „Vorschläge der“ Konsolidierungsmaßnahmen einen genehmigungsfähigen Haushalt 2024 aufstelle, denn es obliege dem Rat der Stadt über die Maßnahmen zu entscheiden. Ansonsten stimme die GRÜNE-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Herr Bürgermeister Sonders wendet ein, dass die Verwaltung Vorschläge erarbeite, die gemeinsam mit dem Rat der Stadt beraten und durch den Rat der Stadt entschieden werden müssen. Nichts anderes drücke der Beschlussvorschlag aus.

Herr Stv. Willms, SPD-Fraktion, verdeutlicht, dass man dieser prekären Haushaltssituation nicht mit einer Erhöhung der Grundsteuer entgegenwirken könne. Es müsse eine Änderung auf anderen Ebenen erfolgen, auf jeden Fall auf der des Landes und vermutlich auch auf Bundesebene. Als Kommune komme man aus dieser Sache nicht mehr alleine heraus.

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass sich auf Bundesebene etwas ändern müsse, denn es gehe um die Steuerverteilung. Die lasse sich nur dort ändern.

Herr Stv. Weyand, CDU-Fraktion, führt aus, dass auch das Land durch die derzeit höheren Belastungen beispielsweise der Konjunktur, Inflation oder auch wegen der hohen Tarifabschlüsse 4 Milliarden € an den Bund überweisen müsse. Das Problem könne nur bewältigt werden, wenn man gemeinsam an einem Strang ziehe.

Herr Bürgermeister Sonders betont, dass man dafür sorgen müsse, dass sich Bund und Länder gemeinsam mit den Kommunen zusammensetzen und über eine neue Finanzierung des Systems verhandeln. Schließlich müssen die Kommunalpolitiker/innen den Bürgerinnen und Bürgern die finanzielle Situation verdeutlichen. Er selbst versuche derzeit der Bevölkerung die schlechte Situation darzulegen und für Verständnis zu werben. Er bittet parteiübergreifend darum, diese Problematik auf höheren Ebenen anzusprechen und er bedankt sich dafür, dass der Kampf gemeinsam geführt werden könne.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Eckdaten zum Haushalt 2024 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung durch geeignete Konsolidierungsmaßnahmen einen genehmigungsfähigen Haushalt 2024 aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 10 **Neuorganisation der Verwaltungsstruktur;
Festlegung des Geschäftskreises des Ersten Beigeordneten
Vorlage: 2023/0360/A12**

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders hat zu diesem Tagesordnungspunkt kein Stimmrecht.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, fragt, ob die Einrichtung eines zusätzlichen Dezernates nicht doch mit Kosten verbunden sei.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass bestehende Ämter zusammengefasst werden. Es gebe keine Kosten für zusätzlich einzustellendes Personal für diese Maßnahme.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, wendet ein, dass vor einigen Jahren die Verwaltungsstruktur geändert worden sei, mit diesem Vorhaben kehre man jedoch dazu zurück. Das sei nicht verständlich.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass man seinerzeit vor einer großen Konsolidierungsaufgabe gestanden habe. Dafür seien Strukturen zusammengefasst und Ämter aufgeteilt worden, auch vor dem Hintergrund der Personalkostenbegrenzungsmaßnahmen. Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen geändert. Die damals umgesetzten Maßnahmen seien auch insbesondere zu Lasten der Mehrarbeit der Verwaltungsspitze gefallen, sodass die Beigeordneten und der Kämmerer mehr Arbeit übernommen haben. Da es einige Krisen zu bewältigen gebe und in Zukunft weitere große Aufgaben zu erwarten seien, sei es an der Zeit, eine neue Struktur einzuführen. Dadurch sei eine vernünftige Weiterarbeit gewährleistet, ohne neue Stellen einzurichten und somit auch ohne diesbezügliche Mehrkosten.

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die zum 01.10.2023 in Kraft tretende neue Organisationsstruktur der Stadtverwaltung Alsdorf (**Anlage**) zur Kenntnis.

Auf dieser Grundlage legt der Rat der Stadt gemäß § 73 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) im Einvernehmen mit dem Bürgermeister den Geschäftskreis des Ersten Beigeordneten fest.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (bei 8 Enthaltungen)

zu 11 Stellenmehrbedarfe in der Gesamtverwaltung
Vorlage: 2023/0245/A11

Protokoll:

Herr Stv. Heidenreich teilt für die GRÜNE-Fraktion mit, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt werde. Vor allem im technischen Dezernat sehe man aber weiteren Stellenbedarf und er bittet die Verwaltung darum zu prüfen, ob hier in absehbarer Zeit weitere Stellen eingerichtet werden können, die dadurch auch die Aufgabenerfüllung der Stadt verbessern würden. Die GRÜNE-Fraktion behalte sich vor, den Stellenplan zu prüfen und gegebenenfalls Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, erklärt, dass bei einigen Stellen noch Klärungsbedarf bestehe, insbesondere bei den 3,5 Stellen im Bereich „Personalmanagement/Fortbildung“, die man gerne auch mit Beteiligung des Personalrates erläutert bekommen würde. Er bittet darum, die Beschlussfassung zu vertagen, da sich ansonsten die CDU-Fraktion der Stimme enthalten werde.

Herr Niessen, Personalrat, bemerkt, dass er bereits 2021 bei einer Veranstaltung in der Stadthalle darauf aufmerksam gemacht habe, in welcher personellen Situation sich die Verwaltung befinde. Seinerzeit habe die CDU-Fraktion diesbezüglich auch ein Gespräch mit dem Personalrat führen wollen, dies sei aber nie erfolgt. Aus diesem Grund wundere ihn der jetzt scheinbar auftretende Drang. Der Stellenplan sei genau geprüft worden und die vorgeschlagenen 26 Stellen seien bei Weitem nicht das, was der Personalrat als erforderlich halte. Natürlich könne man bei dem vorhandenen Personal bleiben, aber dann müsse auch klar sein, dass in Zukunft qualitativ und quantitativ anders gearbeitet werde. Er werde es nicht zulassen, dass das Personal weiter überreizt werde, nur damit man im Rahmen des anstehenden Wahlkampfes sagen könne, man habe 170.000 € einsparen können.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, wendet ein, dass geprüft werden müsse, ob die Ausgaben wirklich getätigt werden müssen. Seinerzeit habe man nicht gewusst, was mit dem Personalrat hätte beraten werden können, da viele Dinge erst in dieser Vorlage konkretisiert worden seien. Es werden auch nicht alle Stellen infrage gestellt, die CDU-Fraktion befürworte $\frac{3}{4}$ der Vorschläge. Allerdings verstehe man zum Beispiel nicht die Stellen im Personalmanagement.

Herr Bürgermeister Sonders führt aus, dass die Stellen im Personalmanagement aufgrund der steigenden Zahl der Mitarbeiter/innen benötigt werden. In der Kernverwaltung habe man sehr stark gespart, aber im Bereich Feuerwehr oder Kitas gebe es einen wesentlich höheren Bedarf. Es gebe viele Stellenausschreibungen und eine

hohe Fluktuation, da in diesen Bereichen auch aufgrund von gesetzlich vorgegebenen Rahmenbedingungen wesentlich mehr Arbeit geleistet werden müsse. Das schaffen die vorhandenen Mitarbeiter/innen nicht mehr. Zum anderen habe man in den vergangenen Jahren bei der Aus- und Fortbildung sehr sparsam gewirtschaftet, dies sei aber nicht mehr möglich. Es bedürfe einer gewissen Organisation und deswegen auch eines höheren Personalaufwandes. Der heute vorgelegte Stellenmehrbedarf sei aus Sicht der Verwaltung das Mindeste, um einigermaßen arbeitsfähig zu bleiben. Er bittet darum, diese Ausführung in die Überlegungen einzubeziehen und zu überdenken, ob nicht doch eine Zustimmung erfolgen könne. Bei der abschließenden Beratung des Stellenplanes bestehen schließlich Änderungsmöglichkeiten. Der Stellenmehrbedarf sei verwaltungsintern sehr intensiv geprüft und mehrmals überdacht worden.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, teilt nach einer kurzen Beratungspause mit, dass man sich im Rahmen der Haushaltsberatung sicherlich mit der einen oder anderen Stelle beschäftigen werde. Die CDU-Fraktion stimme der Beschlussfassung zu.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt, für den Stellenplan 2024 zur Deckung zusätzlich entstandener personeller Bedarfe und zum Leistungserhalt der Stadtverwaltung Alsdorf insgesamt 26,9 Stellen in der Zentralverwaltung und 7 Stellen für den Eigenbetrieb Technische Dienste, neu zu schaffen. Letztere Stellen werden im Stellenplan des Eigenbetriebes Technische Dienste ausgewiesen.

Darüber hinaus werden vorsorglich 8 Stellen im Bereich Feuer- und Rettungswache ausgewiesen, die voraussichtlich 2025 bei der Bereitstellung des 3. Rettungskrankenhagens für die Notfallversorgung benötigt werden.

Des Weiteren werden voraussichtlich im Stellenplan 2025 1,5 Stellen im A 10 – Amt für Zentrale Dienste, im Bereich IT-Administration/Sicherheit sowie eine 1,0 Stelle im A 40 – Schul- und Sportamt benötigt.

Sollte die aktuelle gesetzliche Situation im Passwesen (Beantragung Kinderausweise etc.) auch weiterhin Bestand haben, wird in 2025 voraussichtlich die Einrichtung einer zusätzlichen 1,0 Stelle im Einwohnermeldeamt des A 32 – Bürger- und Ordnungsamt erforderlich.

Der Rat der Stadt erkennt den genannten Mehrbedarf an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**zu 12 Satzung zur Änderung der Anzahl der Mitglieder des Rates der Stadt Alsdorf
Vorlage: 2023/0240/A10**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt, die Satzung zur Änderung der Anzahl der Mitglieder des Rates der Stadt Alsdorf vom 20.02.2018 unverändert in Kraft zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 13 **13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008**
Vorlage: 2023/0308/A12

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 13. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Alsdorf vom 28.04.2008 in der als **Anlage** beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 14 **Ermächtigung der Verwaltung zur Bewilligung von förderzweckdienlichen Anträgen**
Zustimmung zur Leistung von erheblichen außerplanmäßigen Aufwendungen
Vorlage: 2023/0346/A50

Beschluss:

- Der Rat der Stadt Alsdorf ermächtigt die Verwaltung, vorliegende Anträge, die dem Förderzweck entsprechen im Rahmen der vorhandenen Fördermittel, zu bewilligen.
- Weiterhin stimmt er gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW i. V. m. § 8 der Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf unabweisbaren erheblichen außerplanmäßigen Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von bis zu 323.694 € zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 15 **Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf im Jahr 2024**
Vorlage: 2023/0311/A50

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf stimmt der Fortführung der Flüchtlingsarbeit in Alsdorf bis max. 31.12.2024 zu und beauftragt die Verwaltung, den Eigenanteil in Höhe von 131.500 € bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 16 **Projekt "Refill Deutschland" - Trinkwasserabgabe in öffentlich zugänglichen Gebäuden der Stadt Alsdorf**
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 19.06.2023
Vorlage: 2023/0294/A60

Protokoll:

Frau Stv. Niedermaier, SPD-Fraktion, erläutert den Antrag. Ziel sei, Plastikmüll zu vermeiden, mehr Leitungswasser zu trinken und die Wasserflaschen kostenlos in öffentlichen Gebäuden auffüllen zu können. Die Gebäude sollen hierfür durch einen Aufkleber gekennzeichnet werden und auch im Internet solle eine Information veröf-

fentlicht werden. Hierfür sei von der Verwaltung zu prüfen, welche Eingangsbereiche sich bei den Gebäuden, die in Trägerschaft der Stadt Alsdorf seien, anbieten und wie die Wasserspender platziert werden können. In Bezug auf den Haushalt teilt sie mit, dass man durch die zu erarbeitende Vorlage sehen werde, welche Kosten entstehen. Dann könne entschieden werden, ob die Wasserspender aufgestellt werden oder nicht.

Herr Stv. Brandt teilt für die CDU-Fraktion mit, dass Buchstabe b) des Beschlusses befürwortet werde, da ein Finanzierungsvorschlag fehle.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt diese Angelegenheit weiter zu verfolgen und verweist den Antrag an den zuständigen Hauptausschuss. Die Verwaltung wird beauftragt eine beratungsreife Vorlage für eine der nächsten Sitzungen des Hauptausschusses zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 9 Gegenstimmen)

zu 17 **Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel gemäß § 83 GO NRW;**
hier: Investitionen zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung
Vorlage: 2023/0347/A60

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel in Höhe von 181.000 Euro zur Erweiterung der Straßenbeleuchtung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 18 **Förderprogramm: "Jung kauft alt"**
hier: Antrag der GRÜNE-Fraktion vom 27.07.2023
Vorlage: 2023/0307/A60

Protokoll:

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, erläutert die Vorlage. Sie weist darauf hin, dass ihr Antrag lediglich Lösungsvorschläge aufzeige. Ziel sei, nicht nur neuen Wohnraum zu schaffen, sondern auch ein Umdenken anzustoßen. Junge Menschen suchen und brauchen flexiblen Wohnraum, auch mit Garten, und alte Menschen möchten meist nicht ihr Wohnumfeld verlassen. Indem Bestand, auch Leerbestand, besser genutzt und umgebaut werde, solle ein klimaschädlicher Neubau überflüssig werden. So könne kostengünstiger Wohnraum vermittelt und Eigentümer/innen sollen durch Beratungsangebote unterstützt werden, diesen zur Verfügung zu stellen. Dadurch könne auch eine gute Altersstruktur in den gewachsenen Wohngebieten erreicht werden, damit die Stadtgebiete vielfältig seien. Sie bittet darum, Beschlussvorschlag a) zu folgen.

Herr Stv. Loosz, SPD-Fraktion, wendet ein, dass hier seines Erachtens kein Problem bestehe. In den Siedlungsbereichen stehe kein Haus länger leer. Die älteren Leute,

die ihr Haus nicht mehr eigenständig bewirtschaften können, ziehen ins Altenheim und junge Leute kaufen die Häuser. Er spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für Beschlussvorschlag b) aus.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, schließt sich den Ausführungen von Herrn Stv. Loosz an. Darüber hinaus merkt er an, dass es auch ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft sei. Die CDU-Fraktion befürworte ebenfalls Beschlussvorschlag b).

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, macht darauf aufmerksam, dass in Ofdem Leerstand vorhanden sei. Der Neubau in Ofdem auf dem ehemaligen Gelände der Realschule biete zwar auch Wohnraum für ältere Menschen an, der Kauf- oder Mietpreis sei jedoch viel zu teuer. Der Bedarf an günstigem Wohnraum sei also vorhanden, er bittet deshalb darum, die Sache weiter zu verfolgen.

Frau Stv. Ivančić, GRÜNE-Fraktion, erklärt, dass sie selbst auf Häusersuche gewesen sei und viele Häuser, auch schon länger leerstehend, gesehen habe. Bei längerem Leerstand komme es zu Verfallserscheinungen. Das Beratungsangebot sei für Personen, die mit einem möglichen Hausverkauf überfordert seien, aber auch für Personen, die beispielsweise keine Erben haben. Zudem weist sie darauf hin, dass dieses Modellprojekt Anfang 2021 im Land beschlossen worden sei, auch mit einer Förderung für Kommunen. Leider sei dies jedoch bisher nicht weitergeführt worden.

Herr Bürgermeister Sonders erklärt, dass der Grund für einen längeren Leerstand meist ein zu hoch angesetzter Verkaufspreis sei. Daran ändere aber auch eine Beratungsstelle nichts. Darüber hinaus seien in den vergangenen Jahren sehr viele barrierefreie Wohnungen geschaffen worden, auch in unterschiedlichsten Preisklassen. Auch haben alte Leute ihre Häuser an junge Familien verkauft, sodass der damals drohende Überalterungseffekt in den Wohnsiedlungen abgewendet werden können. Dies werde auch weiter verfolgt, aber es sei nicht Aufgabe der Verwaltung, sich mit jedem Leerstand zu befassen und einzugreifen. Das würde auch einen enormen Verwaltungsaufwand erfordern. Das Konzept sei für ländliche Räume gedacht, die von Entsiedlung gezeichnet seien. Man dürfe auch nicht vergessen, dass bereits eine Beratungsstelle in der Verbraucherzentrale vorhanden sei.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Mehrheit (bei 4 Gegenstimmen)

zu 19 Regiotram
- Beschluss und Beauftragung der Variante 5
- Schaffung einer Organisations- und Finanzierungsstruktur
Vorlage: 2023/0343/A61

Beschluss:

Der Rat der Stadt Alsdorf beschließt

1. Die Vorplanung der Regiotram auf Basis der Variante 5 wird vorbehaltlich der finanziellen Förderung der Planungsleistung beschlossen. Mit der Projektleitung während der Grundlagenermittlung und Vorplanung (Leistungsphasen 1

und 2 gemäß HOAI) wird die AVV GmbH beauftragt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt gemeinsam mit den weiteren Projektpartnern und der koordinierenden AVV GmbH eine Organisations- und Finanzierungsstruktur zur Umsetzung des Projektes Regiotram zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 20 Entwässerungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf
hier: 8. Änderung
Vorlage: 2023/0286/A66

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die 8. Änderung der Entwässerungsgebührensatzung der Stadt Alsdorf gemäß **Anlage**.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 21 Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Techn. Dienste der Stadt Alsdorf
- Beratung und Beschlussfassung -
a) Jahresergebnis zum 31.12.2022
b) Ergebnisverwendung und
c) Empfehlungsbeschluss zur Entlastung des Betriebsausschusses
Vorlage: 2023/0296/A66

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

- a) den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2022 festzustellen,
- b) den Jahresüberschuss 2022 in Höhe von 3.026.900,42 € auf neue Rechnung vorzutragen,
- c) die Entlastung des Betriebsausschusses für das Wirtschaftsjahr 2022.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 22 Fraktionsantrag der GRÜNE-Fraktion vom 04.09.2023;
hier: Einrichtung eines "Platzes der Kinderrechte" in Alsdorf
Vorlage: 2023/0366/A51

Protokoll:

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, erläutert die Vorlage. Die Stadt Alsdorf bezeichne sich als „Familienstadt“. Mit diesem Antrag werde vorgeschlagen, diese Vision mit dem „Platz der Kinderrechte“ zu manifestieren. Einem Ort, der nicht nur symbolisiere,

dass die Rechte der Kinder wahrgenommen werden, sondern auch, dass man als Gemeinschaft für diese Rechte eintrete. Dieser Antrag betone die Wichtigkeit der Kinderbeteiligungsrechte und die Notwendigkeit, Kinderrechte zu schützen. Im Antrag werden zwei potentielle Standorte vorgeschlagen und es sei wichtig als Gemeinschaft zu überlegen, welcher Ort am geeignetsten sei. Bei Antragstellung sei der fehlende Finanzierungsvorschlag bemängelt worden, allerdings gehe es vorerst nur um die Widmung eines Platzes. Er bittet die Anwesenden um Unterstützung dieses Projektes, denn es sei eine Investition in die Zukunft der Stadt und der Kinder.

Frau Stv. Niedermaier, SPD-Fraktion, erklärt, dass dieser Antrag prinzipiell begrüßt werde, allerdings stelle sich die Frage, ob der Platz nur den Namen tragen solle oder ob Kinder dort auch auf ihre Rechte hingewiesen werden sollen. Darüber hinaus müsse man klären, wie der Platz gestaltet werden solle, dies sei dann mit Kosten verbunden. Die SPD-Fraktion schlägt vor, diesen Antrag, auch mit dann entstehenden Kosten, im Jugendhilfeausschuss weiter zu verfolgen. Des Weiteren schlägt sie als möglichen Platz die Alsdorfer Burg vor, da dort auch der Weltkindertag stattfindet.

Herr Stv. Langer, GRÜNE-Fraktion, führt aus, dass an dem Platz Installationen für die Kinder vorhanden sein sollten. Ein Schild würde beispielsweise 100 € kosten und könnte als erster Schritt fraktionsübergreifend gekauft werden. Jede Fraktion könne auch bei verschiedenen Vereinen für diese Projekt werben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, diese Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Verwaltung wird beauftragt, für eine der nächsten Sitzungen des Jugendhilfeausschusses eine beratungsreife Vorlage zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

zu 23 **Anfragen und Mitteilungen**
 - Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 12.09.2023;
 hier: Sachstand Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge
 Vorlage: 2023/0326/A12

Protokoll:

Schriftliche Anfrage der GRÜNE-Fraktion vom 12.09.2023;
hier: Sachstand Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge

Herr Technischer Dezernent Dziatzko führt aus, dass die Stadt selbst keine Ladesäulen einrichten und betreiben werde, sondern die Stadtwerke Alsdorf GmbH. Im Moment finden Verhandlungen mit potentiellen Ladesäulenbetreibern statt und man hoffe, gegen Ende des Jahres nähere Informationen zu erhalten. Zudem werden am neuen Hallenbad vier Ladesäulen, am neuen Toom zwei Ladesäulen, im Bereich Mariadorf/Hoengen drei Ladesäulen und am Herthasportplatz zwei Doppelladesäulen installiert. Bei allen größeren Erschließungsmaßnahmen werden im Rahmen der Tiefbaumaßnahmen Leerrohre verlegt, dass unkompliziert durch zukünftige Betreiber/innen Ladesäulen im öffentlichen Raum errichtet werden können.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen ergänzt, dass auch bei einer 50 %igen Förderung die Errichtung von Ladesäulen nicht rentabel sei. Deswegen sei es auch schwer, eine/n Partner/in dafür zu finden.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, ist erfreut, dass bis Jahresende Fortschritte erzielt werden können. Er weist allerdings darauf hin, dass es in Alsdorf lediglich eine Schnellladesäule mit CCS-Gleichstromtechnik gebe. Diese Schnellladepunkte werden in nächster Zeit immer wichtiger, da E-Autos eine immer größere Reichweite haben und auch in akzeptabler Zeit aufgeladen werden sollten. Er bittet darum, auch Schnellladesäulen einzurichten.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen wendet ein, dass bei Anlagen dieser Form die Herichtung noch viel teurer sei und auch eine andere Infrastruktur vorhanden sein müsse.

Herr Bürgermeister Sonders teilt mit, dass die zukünftige Verlegung von Leerrohren sehr wichtig sei, damit komme man potentiellen Investorinnen und Investoren entgegen, aber man müsse auch sagen, dass man bei den anstehenden Aufgaben und Investitionen der Stadt Prioritäten setzen müsse.

gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Esser
Schriftführerin